Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 42 | Dresden, Sonnabend den 18. Februar 1922 | 33. Jahrg.

Dr. Heinze für Wirth

Unter den wenigen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die sich an der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen Wirth nicht beteiligt haben, befindet sich auch der Dresdner Abgeordnete Dr. Heinze, der absichtlich der Abstimmung ferngeblieben ist. Herr Heinze hat nun eine Erklärung abgegeben, in der er sein Verhalten begründet. Zunächst wendet sich Heinze dabei gegen die Vorwürfe, die Herrn Wirth wegen seiner Haltung beim Eisenbahnerstreik gemacht werden. Der Streik hätte große politische und wirtschaftliche Gefahren gehabt und es wäre deshalb unbedingt notwendig gewesen, den Streik so schnell wie möglich beizulegen. Das habe der Kanzler auch erreicht, und in einer so gefährlichen Lage dürfe man mit ihm wegen einzelner Unstimmigkeiten nicht so scharf ins Gericht gehen. Den Erklärungen des Kanzlers in der Streikangelegenheit hätte man beitreten können.

Herr Heinze ist ferner deswegen gegen das Mißtrauensvotum, weil er die große Koalition für unbedingt wünschenswert und notwendig hält, und durch den Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei der Weg zur großen Koalition erschwert worden sei. Schließlich macht er geltend, daß man bei einem Sturz des Kabinetts Wirth mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätte, um einem politischen Chaos zu entgehen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre eine andre Regierung als das Kabinett Wirth überhaupt kaum denkbar gewesen. Möglicherweise wäre eine Auflösung des Reichstages notwendig geworden, und das hätte dem deutschen Volk, besonders da eine wesentlich andre Zusammensetzung des neuen Reichstages nicht zu erwarten gewesen wäre, sehr geschadet. Auch die außenpolitische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Vorbereitungen für Genua habe ihn dazu bestimmt, sich nicht gegen das Vertrauensvotum auszusprechen.

Die Erklärungen des Herrn Heinze sind ein weiteres Zeugnis dafür, wie stiefmütterlich das Verhalten der Deutschen Volkspartei war. Herr Heinze unterscheidet sich von seinen Parteigenossen dadurch, daß er seine Meinung ehrlich sagt, aber wie er sind sicher auch viele seiner Parteigenossen der Meinung, daß unter den heutigen Umständen eine andre Regierung als das Kabinett Wirth kaum denkbar ist, wenn nicht dem deutschen Volke schwere Schäden erwachsen sollen. Und auch darüber dürften sich die Herren klar sein, daß auch ein Kanzler, der aus ihren Reihen hervorgegangen wäre, alles hätte versuchen müssen, um den für das deutsche Volk so lebensgefährlichen Eisenbahnerstreik zu beenden. Aber die Volksparteiler wollen sich die Gelegenheit zu einer billigen Agitationsmache nicht entgehen lassen. Es wär ja für sie so leicht, so zu tun, als ob sie die starken Männer wären, die ganz anders als der schlappe Wirth mit den streikenden Eisenbahnern umgesprungen wären. Und außerdem haben sie versucht, das Mißtrauensvotum dazu zu benutzen, um ihre Aufnahme in die Regierung zu erzwingen.

Auch Herr Heinze hat Sehnsucht nach der großen Koalition, doch ist er einsichtig genug, um zu begreifen, daß der Mißtrauensantrag seiner Partei das denkbar ungeeignetste Mittel war, um die große Koalition herbeizuführen. Allerdings, das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Kampf gegen die Regierung Wirth hat bewiesen, wie recht alle die haben, die sich gegen die große Koalition im Reiche sträuben. Eine Deutsche Volkspartei, mit der die Sozialdemokratie zusammen eine Regierung bilden soll, müßte ganz anders aussehen als heute die Volkspartei, die sich immer wieder als ganz rücksichtslose Sachwalterin des Kapitals zeigt. Ehe die Deutsche Volkspartei im Reich koalitionsreif wird, müßte sich bei ihr eine recht gründliche geistige Umwandlung vollziehen, an die wir besonders nach den Erfahrungen der letzten Zeit nicht zu glauben vermögen.

Neue Sanktionen?

Paris, 17. Februar. Bei der Interpellation über die Zwischenfälle von Petersdorf und Gleiwitz bedauert der Abg. Bouteille, daß die französische Regierung nicht rascher vorgegangen sei. Durch die Tatsache, daß die Sanktionen dem Attentat nicht auf dem Fuße folgten, habe sich die öffentliche Meinung enttäuscht gefühlt. Die Opfer des Attentats von Petersdorf seien die Opfer des deutschen Militarismus. (!)

Ministerpräsident Poincaré

erklärte: Daß, was in Petersdorf vorgefallen sei, sei nur eine Episode der zahlreichen Attentate, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien gerichtet seien. Die Orgesch hätte aufgelöst und ihre Waffen an die Interalliierte Kommission abgeliefert werden müssen, aber deutsche Banden, die bewaffnet aus Deutschland gekommen seien, hätten sich allmählich von neuem gebildet. Der Ministerpräsident verliest eine lange Liste der Attentate, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien begangen worden sein sollen. Er spricht auch von zahlreichen Waffendepots, die man entdeckt habe.

Indemnitäten und Sanktionen

würden von der französischen Regierung gefordert werden. Die französische Regierung habe beschlossen, energische und strenge Maßnahmen zu verlangen. Die deutsche Regierung habe eine Untersuchung versprochen, deren Ergebnis, wie zu erwarten, negativ ausgefallen sei. Er habe den Eindruck, daß der Angriff in Petersdorf von Elementen einer mächtigen deutschen Organisation geleitet worden sei, die aber nur fortbestehen könne unter der Mitschuld von deutschen Beamten und Industriellen. (!)

Die eingebrachte Vertrauenstagesordnung Dignac wird hierauf von allen anwesenden 506 Abgeordneten angenommen.

Unser täglich Brot

Mit dem heutigen Tage treten die neuen höheren Preise für das Marken geliefert Brot in Kraft. Es ergibt sich daraus für eine vierköpfige Familie eine wöchentliche Belastung von zirka 30 Mark. Dabei reichen schon längst die Löhne und Gehälter der meisten Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht dazu aus, um den Unterhalt einer Familie zu bestreiten. Und so mancher vielgeplagte Familienvater wird sich vergeblich den Kopf darüber zerbrechen, wie er diese neue Mehrausgabe decken soll. Es ist nur zu begreiflich, daß in weiten Kreisen des Volkes über die neue Belastung große Entrüstung herrscht und allenthalben kann man hören, daß die Regierung, zuweilen heißt es sogar die sozialdemokratische Regierung, an der Brotpreiserhöhung schuld sei. Derartige Redereien sind ein Musterbeispiel dafür, wie gedankenlos und leichtfertig viele unsrer Mitbürger über politische und wirtschaftliche Fragen urteilen. Jedermann, der sich auch nur einigermaßen über die politischen Vorgänge unterrichtet hat, muß wissen, daß wir im Reich zwar sozialdemokratische Minister haben, daß aber die Regierung in ihrer Mehrheit bürgerlich ist. Dazu kommt dann weiter, daß wir die neue Brotpreiserhöhung vor allem der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages zu verdanken haben.

Wie haben sich denn die Dinge abgespielt? Bis zur Ernte des Jahres 1921 hatten wir die Zwangswirtschaft für Getreide. Alles Getreide mußte zu festgesetzten Preisen von den Landwirten an die Verwaltungsbehörden abgeliefert werden, und für die Höhe des Brotpreises waren in erster Reihe die vom Reichstag festgesetzten Getreidepreise maßgebend. Gegen diese Zwangswirtschaft ist von vielen Seiten Sturm gelaufen worden. So mancher von denen, die heute auf die Regierung schimpfen, weil das Brot teurer wird, hat früher auf die Regierung geschimpft, weil sie an der Zwangswirtschaft festhielt, und nur zu gern schenkte man den Hetzereien der Händler Glauben, die die Schuld an dem Nahrungsmittelmangel und der Teuerung auf den „Kommunalverband" und andre Stellen schoben, die mit der Durchführung der Zwangswirtschaft betraut waren. Diese Hetze gegen die Zwangswirtschaft hat weiter den Erfolg gehabt, daß diese Zwangswirtschaft vorschnell abgebaut worden ist. Die Folgen zeigen sich jetzt. Für das Getreide ist allerdings ein Uebergangsstadium geschaffen worden. Den Landwirten wurde die Pflicht auferlegt, von der Ernte des Jahres 1921 eine bestimmte Menge von Getreide zu einem festgesetzten Preise abzuliefern, während sie über den Rest ihres Getreides frei verfügen könne. Um die Bevölkerung mit der Brotration in der bisherigen Höhe zu versorgen, war ein Quantum von 4½ Millionen Tonnen Getreide notwendig gewesen. Leider haben wir in der Person des Herrn Hermes einen Ernährungsminister, der eigentlich den Namen Unterernährungsminister verdient. Herr Hermes schlug dem Reichstag, um die Landwirte möglichst zu schonen, vor, daß die Umlage nicht 4½ Millionen Tonnen sondern nur 3½ Millionen Tonnen betragen sollte.

Die Sozialdemokratie forderte, daß die Umlage auf 4½ Millionen Tonnen erhöht werde, damit das ganze Jahr hindurch der Bevölkerung ohne Reichszuschüsse Brot zu erträglichen Preisen geliefert werden könne.

Aber die bürgerliche Mehrheit des Reichstages war noch agrarischer als Herr Hermes und so ist die Umlage nur auf 2½ Millionen Tonnen festgesetzt worden.

Durch das Getreide, das die Landwirte zum Höchstpreise abzuliefern haben, werden also nur noch fünf Neuntel der Menge aufgebracht, die notwendig ist, um der Bevölkerung die festgesetzte Brotration gegen Marken zu gewähren. Die andern vier Neuntel, zwei Millionen Tonnen, muß sich das Reich durch Ankauf von Getreide auf dem freien Markt besorgen. Der Höchstpreis für das Umlagegetreide ist auf 2100 Mark pro Tonne Roggen festgesetzt worden. Der Preis aber, der für inländischen Roggen auf dem freien Markt gezahlt werden muß, beträgt ungefähr 6300 Mark.

Und wenn der Roggen aus dem Ausland bezogen wird, so müssen gar zirka 9000 Mark für die Tonne gezahlt werden. Das Brot, das aus umlagefreiem inländischen oder ausländischen Getreide hergestellt wird, kostet natürlich sehr viel mehr als das Brot aus Getreide, das zum Höchstpreis abgeliefert werden mußte. Der bisherige Brotpreis wäre daher nur zu halten, wenn das Reich ganz gewaltige Zuschüsse zu den Getreidepreisen leistete. Die Entente verlangt aber von uns, daß wir die Zuschüsse für die Brotversorgung abbauen und bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands bleibt der Regierung nichts weiter übrig, als diesem Druck zu weichen.

Man hatte im vorigen Sommer nicht darauf gerechnet, daß die Preise für das freie Getreide die jetzige Höhe erreichen würden, aber inzwischen ist ja der Wert der Mark gewaltig gefallen, und das hat dazu geführt, daß das Auslandgetreide und infolgedessen auch das umlagefreie Inlandgetreide stark im Preise gestiegen sind. Trotz der Brotpreiserhöhung muß das Reich noch immer etwa zehn Milliarden Mark zuschießen, damit die Brotpreise nicht noch höher werden. Sollten die Brotpreise aber auf dem bisherigen Stand gehalten werden, so würde das Reich wahrscheinlich statt 10 Milliarden 20 bis 30 Milliarden aufwenden müssen, und das ist bei dem Finanzelend des Reiches absolut unmöglich. Die Brotpreiserhöhung, unter der jetzt unser Volk so schwer zu leiden haben wird, ist also eine Folge der Lockerung der

Der Dolchstoß des Kronprinzen

Wir haben vor kurzem einen Brief veröffentlicht, in welchem der ehemalige Kronprinz der Dolchstoßlegende ein Ende macht:

Noch im Sommer 1917 hat die Möglichkeit bestanden, leidlich aus dem Krieg herauszukommen. Erst nach dem Fehlschlage des militärischen Versuches 1918 sei die Lage bitter ernst geworden.

In diesem Brief anerkennt der frühere Kronprinz weiter die Weimarer Verfassung und die Republik, weil sich die vom deutschen Volk gewählte Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschluß zu dieser Staatsform bekannt hat. **Er verzichtet damit auf die Berechtigung, die monarchistische Staatsform und damit die Hohenzollerndynastie wieder aufzurichten.** Er wendet sich weiter in seinem Brief gegen die Wäne der Monarchisten, gegen die aufreizende Agitation, die von der Rechten getrieben wird, gegen das „Verbrechen", heute in Deutschland die Klassengegensätze zu verschärfen, und gegen jede Putsch-Taktik überhaupt.

Es war vorauszusehen, daß dieser Brief in der deutschmonarchistischen Presse wenig Beifall finden würde. Man war in der Tat in ratloser Verlegenheit. Zum großen Teil unterschlug man den Lesern sogar den Wortlaut des Briefes. Andre zeigten ganz offen ihre grenzenlose Wut. Graf Westarp behandelt in der Kreuzzeitung den Kronprinzen als einen Menschen, der sich offenbar nicht recht überlegt, was er sagt.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wulle schreibt im Deutschen Abendblatt: Der Brief habe auf die rechtsstehenden parlamentarischen Kreise gewirkt „wie eine Handgranate im dichtgefüllten Unterstand":

Man ist erschreckt und empört zugleich. Daß uns in dieser Weise und von dieser Stelle her so in den Rücken gefallen werden würde, konnten wir nicht erwarten! Man mag vielleicht den Schritt des Kronprinzen menschlich verständlich finden, politisch ist er unbegreiflich. Und man ist schließlich nicht umsonst Fürst. ... Daß er auf eigene Faust vorgeht, mit der Revolution zu paktieren sucht, ja sogar ihre Geschichtsklitterung unterstützt — das ist in der Tat bitter! ...

(Also ein neuer Dolchstoß von hinten!)

Auch der Nationalverband Deutscher Offiziere ist päpstlicher als der Papst. Er erklärt zu dem Brief des früheren Kronprinzen,

daß der Verband über manche Dinge, z. B. über das Recht und die Pflicht der Dynastie, sich zum Wohle des ganzen Volkes durchzusetzen, über die Bedeutung des Arbeiterstandes innerhalb des Volksganzen und über die Ursachen des Zusammenbruchs in mancher Beziehung anders denke als der Kronprinz.

Am Krügsten und geschicktesten faßt der monarchistische „Bund der Aufrechten" die Sache an. Er versucht — allerdings vergeblich — diesen hochpolitischen Brief als ein rein menschliches Dokument hinzustellen.

Die deutschen Monarchisten haben bei dieser Gelegenheit wieder einmal ihr wahres Gesicht enthüllt. Graf Westarp stellt ausdrücklich fest, daß er und seine Freunde **unter keinen Umständen daran denken, ihre Werbearbeit für den monarchistischen Gedanken einzustellen oder auch nur zurückzuziehen.**

Für die Deutschnationale Volkspartei — schreibt die Vossische Zeitung — ist die Monarchie nur eine Kampfwaffe, nur ein Mittel zum Zweck, getreu der alten Tradition: Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut. Die Treue zum angestammten Herrscherhaus erweist sich wieder einmal als ein leeres Schlagwort in dem Augenblick, wo die Parteiinteressen, die Sonderwünsche einzelner Gesellschaftsschichten auf dem Spiele stehen.

„Armer Hohenzollernkaiser! Deine Sache ist in schlechten Händen!" ruft der ehemalige Deutschnationale Abel aus angesichts seiner früheren Parteigenossen, die er als Ehrabschneider, Verleumder und feige Burschen bezeichnet.

So erleben wir die eigenartige Tatsache, daß die deutschen Monarchisten den monarchischen Gedanken gegen den Thronprätendenten schützen müssen.

Ludendorff hat sich ja gerühmt, daß er während des Krieges den damaligen Kronprinzen „wieder aufgepumpt" habe. Anscheinend hat das aber nicht lange vorgehalten. Der so erfolglos aufgepumpte Kronprinz dürfte selbst den bescheidensten Ansprüchen der Monarchisten nicht mehr genügen. Aber vielleicht wiederholt Ludendorff den Versuch? Vielleicht pumpt er dabei auch den monarchistischen Gedanken gleich mit auf? Falls sich die deutsche Luft dazu nicht eignen sollte, empfehlen wir ihm die Luft in — Schweden als besonders geeignet zur Auffrischung monarchistischer —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220218/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG